

Erfolgreiche Demo gegen Sparvorschläge im Bezirk Mittelfranken.

Ansbach (kobinet) Der lautstarke Protest von über 500 Menschen mit Behinderungen vor dem Bezirksrathaus in Ansbach hat am 28. Juli dazu geführt, dass eine breite Mehrheit der Bezirksrätinnen und -räte quer durch die Parteien es ablehnte, die Standards zu senken. So wurde es u.a. abgelehnt die Eingliederungshilfe zu kürzen, auch die Personalschlüssel bei der Betreuung für geistig und körperlich Behinderte werden nicht verschlechtert. Alle Fraktionen haben es einstimmig abgelehnt, das Wunsch- und Wahlrecht zu ändern. Die kobinet-nachrichten sprachen heute mit Dinah Radtke aus Erlangen.

kobinet: Die großen Sozialverbände in Mittelfranken organisierten den Protest vor dem Bezirkstag, den das ZSL Erlangen angeregt hatte. Ist dieser gelungen?

Dinah Radtke: Es sollte versucht werden, so viele Menschen mit Behinderung wie möglich zu motivieren, nach Ansbach zu fahren. Das ist sehr eindrucksvoll geglückt. Es gab Transparente wie "Wir zahlen nicht für eure Krise", "Kein Zurück bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention" oder "Ich will selbstständig bleiben"! Außerdem wurden Rote Karten verteilt und das Gespräch mit den Bezirksrätinnen und -räten gesucht.

kobinet: Was hat überhaupt zu dem Antrag geführt, Leistungen zurückzuschrauben? Allenthalben ist zu lesen, dass behinderte Menschen nicht nur in Bayern darauf warten, dass die Bundesregierung ihre Zusage in Gestalt ihrer Unterschrift unter die Behindertenrechtskonvention endlich einlöst?

Dinah Radtke: Der Bezirk war unter Druck geraten, weil die Oberbürgermeister im Großraum monierten, dass die von den Städten und Gemeinden zu zahlende Bezirksumlage zu hoch ist. Ausgerechnet bei der Eingliederungshilfe für Behinderte sollte gespart werden. Es wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Doch die Aussage des Gutachtens, dass andere Bezirke weniger Geld für Menschen mit Behinderung ausgeben stimmt nicht. Die Sozialverbände konnten nachweisen, dass die Vergleiche nicht richtig sind.

kobinet: Wie geht es nun weiter?

Dinah Radtke: Notwendig ist eine Diskussion im Bezirk, wie die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden kann. Wir brauchen Arbeitsprogramme und Aktionspläne, die mithelfen, eine umfassende Teilhabe von Frauen und Männern mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft zu verwirklichen. Es muss festgelegt werden, welchen Anteil der Kosten davon der zuständige Bezirk und die Kommunen tragen sollen. Wir waren vorerst erfolgreich. Die bisherigen Standards bleiben erhalten. Es wird aber befürchtet, dass wir uns auch in Zukunft kräftig wehren müssen!

kobinet: Wir bedanken uns für diesen kurzen Einblick in die aktuelle behindertenpolitische Situation im bayerischen Mittelfranken.

Das Gespräch führte kobinet-Redakteur Gerhard Bartz

Weitere Infos unter www.kobinet-nachrichten.de

